

Sitzungsvorlage

öffentlich

2019/09/397

Betreff

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Poststraße
umgestalten**

<i>Beratungsfolge (Zuständigkeit)</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Bau- und Umweltausschuss Trittau (Entscheidung)	29.08.2019	Ö

Sachverhalt:

siehe den als Anhang beigefügten Antrag vom 12.08.2019

Beschlussvorschlag:

siehe Anhang

Finanzielle Auswirkungen:

siehe Anhang

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.08.2019 „Poststraße umgestalten“

Sabine Paap

Kieler Straße 16
22946 Trittau
Tel: +49 (0)4154 4275
sabine.paap@gruene-trittau.de

Trittau, 12.08.2019

Antrag „Poststraße umgestalten“

Namens der Grünen-Fraktion stelle ich folgenden **Antrag**:

Der Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Trittau möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zeitnah alles Erforderliche in die Wege zu leiten, um die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

- Die Poststraße und die Vorburgstraße werden von Landesstraßen zu Gemeindestraßen umgewidmet.
- Als Ersatz für Post- und Vorburgstraße wird der Straßenverkehrsbehörde der Mühlenweg angeboten.

Nach erfolgter Umwidmung wird die Poststraße zwischen „Meierei-Kreisel“ und Vorburgplatz wie folgt umgestaltet.

Alternative 1

- Der komplette Straßenraum (Fahrbahn, Parkstreifen, Gehwege) wird nach dem Modell **Gemeinschaftsstraße** (auch bekannt als „shared space“) umgebaut.
- Die bauliche Trennung der Verkehrsräume für Kraftfahrzeuge, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen wird ersatzlos aufgehoben, es erfolgt lediglich eine dezente optische Gliederung des Verkehrsraumes durch z.B. Pflasterung, Möblierung und Bäume. Bei der Gestaltung des Verkehrsraumes sind die Bedürfnisse von Menschen mit eingeschränktem Seh- und/oder Hörvermögen besonders zu berücksichtigen.

- Der ganze Bereich wird zur Tempo 20-Zone erklärt.
- Durch bauliche Maßnahmen wird es ermöglicht, eine Gewichtsbeschränkung für Fahrzeuge bis max. 7,5 Tonnen tatsächlichem Gesamtgewicht (ausgenommen Linienbusse und Lieferverkehr) anordnen zu dürfen. Diese Beschränkung wird alsdann angeordnet.

Alternative 2

- Die Poststraße wird zur Einbahnstraße in Fahrtrichtung Süden erklärt.
- Die Straße Zur Mühlau wird nach durchgehender Fertigstellung bis zum Schützenplatz zur Einbahnstraße in Fahrtrichtung Norden erklärt.
- Die Bushaltestelle wird aus der Poststraße in den Bereich Zur Mühlau/Schützenplatz verlegt, die Linienführung der Busse wird entsprechend angepasst.
- Durch bauliche Maßnahmen wird es ermöglicht, in der Poststraße und der Straße Zur Mühlau eine Gewichtsbeschränkung für Fahrzeuge bis max. 7,5 Tonnen tatsächlichem Gesamtgewicht (ausgenommen Linienbusse und Lieferverkehr) anordnen zu dürfen. Diese Beschränkung wird alsdann angeordnet.
- Für die Poststraße und die Straße Zur Mühlau wird eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h angeordnet.
- Die an der Westseite der Poststraße angelegten Parkplätze werden aufgehoben, die Flächen werden als Gehweg hergerichtet.
- Der Behindertenparkplatz vor dem ehemaligen Postgebäude bleibt erhalten, an geeigneten Stellen werden weitere Behindertenparkplätze eingerichtet.
- Die am Europaplatz befindliche E-Auto-Ladestation wird an eine ebenso prominente Stelle (z.B. Parkplatz Verwaltungsgebäude) verlegt.
- An beiden Seiten der Poststraße wird je ein Radweg in Form eines sog. „Radfahrstreifens“ (vergl. VwV-StVO v. 26.01.2001 i.d.F.v. 22.05.2017 zu §2 Abs. 4 Satz 2 ff. StVO) mit einer Nutzbreite von mindestens 1,50 Meter angelegt. Die Oberfläche des Radfahrstreifens wird in grüner oder roter Farbe ausgeführt.

Die aktuell mit dem Erarbeiten eines Radverkehrskonzeptes für Trittau befasste Firma „urbanus GbR“ wird beauftragt, die o.g. Maßnahmen in ihrem Konzept zu berücksichtigen.

Begründung

Es ist hinlänglich bekannt, dass die verkehrliche Situation im Bereich der Poststraße in den Teilen der Bevölkerung, die sich dort ohne Auto bewegen möchten, als unsicher bis gefährlich empfunden wird. Hier soll durch die oben beschriebenen Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden.

Besonders das Benutzen des Fahrrades in seinen verschiedensten Formen stellt – gerade im innerörtlichen Bereich – eine echte Alternative zum Auto fahren dar. Allerdings ist es zwingend notwendig, den nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen einen Verkehrsraum anzubieten, in dem sie sich sicher und komfortabel bewegen können. Nur so wird sich die Zahl derer, die diese Alternative tatsächlich und/oder vermehrt nutzen, signifikant erhöhen und so einen Beitrag zur Reinhaltung von Luft und Umwelt und zum Schutz des Erdklimas leisten.

Durch die beantragten Maßnahmen wird sich die Aufenthaltsqualität im Bereich Poststraße/Europaplatz deutlich erhöhen, der gesundheitsfördernde Effekt des Radfahrens wie auch des Zu-Fuß-Gehens steht ohnehin außer Frage.

Finanzierung

Die Finanzierung der o.g. Maßnahmen erfolgt aus Haushaltsmitteln. Außerdem werden sämtliche verfügbaren Fördermittel (z.B. Kreis, Land, Bund, EU etc.) zur Finanzierung herangezogen.

gez.

Sabine Paap, Fraktionsvorsitzende